

**Marianne Grimmenstein-Balas**  
**Sprecherin der Initiative Volksentscheid**  
**Corneliusstr.11**  
**58511 Lüdenscheid**  
**Tel: 02351-27573**

Marianne Grimmenstein-Balas – Corneliusstr.11 – 58511 Lüdenscheid

Herrn Bundesinnenminister  
Dr. Hans-Peter Friedrich  
Graurheindorfer Str.198

53117 Bonn

Lüdenscheid, 15.11.2011

Betr.: Volksabstimmungsantrag vom 31.10.2011  
Az. 03 020 809 II Grimmenstein

Sehr geehrter Herr Minister Dr. Friedrich,  
gegen Ihren Bescheid vom 3. November 2011 zu unserem Volksabstimmungsantrag legen wir hiermit Widerspruch ein und rügen Ihre Irrationalität, Verleugnung der Tatsachen und Versagung rechtlichen Gehörs. Wir halten an unserem Volksabstimmungsantrag unverändert fest und bitten um einen rechtsmittelfähigen Bescheid bis zum 15. Dezember 2011.

### **Begründung**

1. Zur Unterstützung Ihrer Ablehnung haben Sie ein Antwortschreiben von Frau Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkels zu Volksabstimmungen beigefügt. In diesem Schreiben wird wieder auf die sogenannten schlechten Erfahrungen der Weimarer Republik hingewiesen. Dr. Otmar Jung, Privatdozent für Politikwissenschaft und Zeitgeschichte am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin, hat die Legende dieser „schlechten Weimarer Erfahrungen“ widerlegt und bewiesen, dass dieses Argument in doppelter Hinsicht nicht stimmt, s. Dr. Otmar Jung, Die Legende von den „schlechten Weimarer Erfahrungen“, Zeitschrift für direkte Demokratie Nr. 4/2010:

*1. waren die „Weimarer Erfahrungen“ gar nicht so schlecht. Volksbegehren und Volksentscheide wurden eigentlich in der Weimarer Republik zu wenig praktiziert. Acht Volksbegehren wurden beantragt, aber tatsächlich wurden nur zwei Volksentscheide durchgeführt. Schon von dieser geringen Nutzung her ist ein Zusammenhang des Untergangs der Weimarer Republik an direkter Demokratie unwahrscheinlich.*

*2. gebrauchte der Parlamentarische Rat dieses Argument nur als Mantel.*

Außerdem wird noch vieles vorgebracht, um das Scheitern der Weimarer Republik nach nur 14 Jahren zu erklären: der erste Weltkrieg, der Friedensvertrag von Versailles, die Wirtschaftskrise usw. Ein Grund wird jedoch in dieser Aufzählung **nie** erwähnt: das Versagen der demokratischen Parteien. Zwischen 1918 und 1933 kam es im Durchschnitt alle 19 Monate zu Neuwahlen. Die Parteien zankten viel und regelten wenig. Der Historiker Hans-Ulrich Wehler hat in seiner Deutschen Gesellschaftsgeschichte das Versagen der SPD ganz klar beschrieben: „Jahrzehnte hatten die Sozialdemokraten die innere Reform der Monarchie als Zukunftsaufgabe angesehen, hatten aus dem "Beamtenstaat" einen "Volksstaat" machen wollen. In dem Augenblick aber, als Veränderung möglich wurde, behielten sie nicht nur das bürokratische Herrschaftssystem bei, sondern scheuten selbst vor dem kleinsten Einschnitt zurück.“

Auch die Führungsfiguren der Zentrumspartei waren der Größe der Aufgabe nicht gewachsen. Man kann daher mit Fug und Recht sagen, dass eine Volksabstimmung über die tragischen Ereignisse des 20. Jahrhunderts Krieg, KZ und Euthanasie ein dreifaches Nein ergeben hätte und bei getrennter persönlicher Mehrheitswahl aller Abgeordneten, Beamten und Richter auf Zeit durch direkte Demokratie keine Gewalteneinheitstyrannis (= Realinexistenz von Volkshoheit und Gewaltentrennung) hätte entstehen können.

2. In Ihrem Schreiben befindet sich die folgende Aussage: "Entsprechende parlamentarische Initiativen für Bürgerentscheid (es müsste eigentlich Volksabstimmung heißen) fanden bisher nicht die laut Grundgesetz erforderliche Zweidrittelmehrheit." Es steht nirgends im Grundgesetz, dass solche Initiativen einer parlamentarischen Zweidrittelmehrheit bedürfen, auch nicht, dass eine Grundgesetzänderung die Voraussetzung zur Durchführung von Volksabstimmungen ist, nicht einmal, dass die Durchführung von Volksabstimmungen überhaupt eines Gesetzes bedarf. Juristische Vergleiche oder Auslegungen sind nur Überlegungen und können niemals Gesetzesrang erlangen.

3. In Ihrem Antwortschreiben betonen Sie, dass die zu regelnden Gegenstände auf Bundesebene komplex sind. Man könne ihnen durch Volksabstimmungen nicht gerecht werden, „weil man von den Bürgerinnen und Bürgern allein aus Zeitgründen nicht verlangen kann, dass sie sich mit vielen, oftmals umfangreichen, komplexen und fachlich schwierigen Materien intensiv auseinandersetzen und sich hierfür Expertenwissen aneignen. Die Arbeit im Parlament ist aus gutem Grund arbeitsteilig organisiert und findet in Fachausschüssen statt. Im Gegensatz zu Plebisziten können im parlamentarischen Verfahren verschiedene Interessen, insbesondere auch von Minderheiten, berücksichtigt und gewichtet werden... Insofern kann man den strukturellen Vorteil der parlamentarischen repräsentativen Demokratie nicht hoch genug schätzen.“

Ihren Argumenten stehen folgende Tatsachen entgegen:

3.1 Ihre Ausführungen stimmen mit der Wirklichkeit weder der parlamentarisch-repräsentativen Demokratie noch der direkten Demokratie überein. Sie wären zu einer gegenteiligen Aussage gekommen, hätten Sie die weltweiten Erfahrungen mit direkter Demokratie berücksichtigt. Die messbaren Fakten sind eindeutig, die politischen Aufgaben werden in der direkten Demokratie besser gelöst, d.h. z.B. mehr Wohlstand und geringere Staatsverschuldung. Dazu nur zwei Stimmen: Nach Eschenberger/Stadelmann „Athen als Modell“, FASZ (Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung) v. 13.11.2011, ist die „starke direkte Demokratie wirksam gegen übermäßige Schulden in der Schweiz“, und der ehemalige Finanzsenator Hamburgs Wolfgang Peiner stellt in seinem neuen Buch „Handeln für Hamburg“, s. FASZ v. 13.11.2011, fest: „In den Parlamenten gibt es inzwischen zu viele Berufspolitiker, denen die Unabhängigkeit fehlt“.

3.2 Die Bürgerinnen und Bürger haben inzwischen, trotz vieler Mängel des deutschen Bildungssystems, ein viel höheres Bildungsniveau erreicht, als es am Anfang des 19. Jahrhunderts bestand. Zusätzlich haben sie jetzt Informationsmöglichkeiten, die es damals nicht gab, wie z. B. Radio, Fernsehen und Internet. Die Bürgerinnen und Bürger haben auf vielen Sachgebieten gegenüber den Parlamentariern ein gleiches oder höheres Expertenwissen, auf keinen Fall **aber** sind sie unwissender als die Parlamentarier. Deutschland hat viele verantwortungsvolle Bürger. Das Land ist voll von zukunftsweisenden, innovativen Ideen. Das bedeutet, dass das Land ein beträchtliches Problemlösungspotential aufzuweisen hat, welches bisher nur unzureichend genutzt wird. Mit den „Fachausschüssen“ und „Interessen von Minderheiten“ bei der „Arbeit im Parlament“ meinen Sie wahrscheinlich, was Eschenberger/Stadelmann a.a.O. wirklichkeitsnäher beschreiben: „Die meisten zentralistischen Staaten sind eben nicht ideale Systeme, in denen eine wohlwollende Zentralregierung auf das Wohl aller schaut. Vielmehr sind sie zentrale Schacherplätze für Subventionen und Steuererleichterungen zu Gunsten wirtschaftlicher und regionaler Partialinteressen auf Kosten der Allgemeinheit.“ Wahrscheinlich führen Sie Argumente aus der idealen Welt nur an, um in der realen die Parteispenden der Lobbies nicht zu verlieren.

Wir weisen Sie berichtigend darauf hin, dass auch Abgeordnete nur mit „Ja“, „Nein“ und „Enthaltung“ stimmen können genau wie Bürger bei Volksabstimmungen und dass jeder Volksabstimmung eine ausgiebige öffentliche Erörterung allen Fürs und Widers vorausgeht, die den großen Vorteil gegenüber der parlamentarischen Entscheidungsvorbereitung hat, daß die Lobbies nicht das ganze Volk bestechen können und es daher keinem Fraktionszwang unterliegt, also anders als im Bundestag allein zum Wohl des Volkes abstimmt, denn „nur sich selbst kann niemand Unrecht tun“ (Kant). Bei der Gelegenheit rufen wir Ihnen ins Gedächtnis, dass es im Grundgesetz keine Gemeinwohlverpflichtung der Bundestagsabgeordneten gibt, so dass allein deswegen schon jedenfalls bis zur Behebung dieses Defizits Volksabstimmungen unumgänglich sind, um gemeinwohlverträgliche Entscheidungen auf Bundesebene zu ermöglichen.

**3.3** Mehrere Analysen haben bezüglich der Fachkenntnisse der Parlamentarier große Mängel aufgezeigt. Die Süddeutsche Zeitung schrieb schon 2009 offen darüber, dass der Bundestag **eine immer geringere Rolle spielt**. Unter der Kuppel des Reichstags treffen sich die Abgeordneten des Deutschen Bundestags, um die Gesetzesvorhaben der Bundesregierung nur abzunicken. Sie verstehen von Wirtschaft, Steuern und Verfassungsrecht nichts. Den Akteuren der Politik fehlen entweder Durchblick oder Fachwissen. Politik setzt jedoch oft mehr Wissen als Entscheiden voraus. In einer immer komplexeren Welt muss das Recht immer einfacher werden, denn es muss das Problem bewältigen, nicht verstärken. Der Bundestag erlässt aber im Durchschnitt alle **2,5** Tage ein neues oder verändertes Gesetz, womit die grundlegenden Probleme offenkundig nicht gelöst werden. Das ist in der Tat ein Altraum! Der Staat ist dazu übergegangen, nicht mehr durch das Recht zu regieren, sondern durch die Macht des Geldes (s. „In der Öffentlichkeit wird die Wahrheit unterdrückt“ Süddeutsche Zeitung – Magazin Heft 26/2009 und „Machtverlust des Parlaments – Eine verrückte Demokratie / Helden und Deppen“, Kommentar von Heribert Prantl - Süddeutsche Zeitung v. 28.6.2009).

**3.4** Auch wenn Fehlentscheidungen später kaum korrigiert werden können, beteiligen sich die Abgeordneten geradezu unverantwortlich schlecht informiert an Zukunftsentscheidungen des Deutschen Volkes. Zwei Umfragen der ARD unmittelbar vor den Abstimmungen des Deutschen Bundestags über die Europäische Verfassung - ein Vertragswerk das über dem Grundgesetz steht - und den Euro-Rettungsfonds EFSF verdeutlichen die Wissenslücken und Ahnungslosigkeit, mit der Bundestagsabgeordnete an sehr wichtigen Abstimmungen teilnehmen.

<http://video.google.de/videoplay?docid=5237879946330399901#>

<http://daserste.ndr.de/panorama/media/panorama3563.html>

Wenn die Abgeordneten schon bei extrem wichtigen Abstimmungen ahnungslos sind, wie sieht es dann erst bei den anderen Abstimmungen aus?

Altkanzler Helmut Schmidt konstatierte zur Finanzkrise „eine unerhörte Fahrlässigkeit der politischen Klasse insgesamt, die sich leichtfertig auf die Illusionen einer selbsttätigen Heilungskraft der Finanzmärkte verlassen hat, statt einzugreifen.“ Egal ob Regierung oder Opposition – die Ergebnisse des Eignungstests des Parteienforschers Thomas Wieczorek sind erschreckend. Fachliche Kompetenz? Fehlanzeige. Stattdessen Mittelmaß und Unfähigkeit, wohin man blickt. Zukunftsweisende Lösungsideen haben keine Chance, verwirklicht zu werden, s. Thomas Wieczorek, Die Dilettanten, Knaur 2009.

Nach einer Umfrage der Universität Potsdam haben **40 %** der Mitglieder von CDU, CSU und SPD keine Zeit für die Partei. **50 %** nehmen manchmal an Versammlungen teil. Die Mehrzahl der Mitglieder ist **alt** und vor allem **apathisch**. Von den **82 Millionen Deutschen** sind weniger als **200.000** aktive Parteimitglieder. Dieses entspricht **0,3 % der erwachsenen Bevölkerung**. Schlussfolgerung des Chefredakteurs des Handelsblatts: „Der genetische Pool, aus dem das Land seine politische Elite rekrutiert, ist damit ähnlich eng gefasst wie zu Zeiten des Feudalstaates!“ - Gabor Steingart, Die gestohlene Demokratie, Piper 2009.

Der Parteienforscher Thomas Wiezcorek stellt a.a.O. fest: Die Weltfinanzkrise zeigt, dass „Kompetenz“ neu definiert werden muss. „Die wichtigste Lehre nämlich dieser Krise ist, dass der Mensch eben nicht für die Wirtschaft da zu sein hat, sondern umgekehrt: Dass also reines Expertentum nichts ist ohne die soziale Kompetenz.“

**4.** Sie loben in Ihrem Schreiben die nur im Idealzustand gegebenen Vorteile der parlamentarisch-repräsentativen Demokratie, wobei man aber die folgenden in der Wirklichkeit leider zwangsläufig bestehenden Nachteile dagegensetzen muss, die enorme Schäden für das Gemeinwohl mit sich bringen:

**4.1** Mehr als **4000** Verbände haben ihren Sitz in der Nähe des Reichstagsgebäudes. Die offizielle Lobbyisten-Liste umfasst zurzeit **512** Seiten. Rund **2110 Lobbyisten** sind in der so genannten Lobbyisten-Liste des Deutschen Bundestags eingetragen. **1974** waren es nur **635** Organisationen. Auf jeden Abgeordneten des Bundestags kommen heute mehr als **3** Interessenverbände, die auf ihn einwirken. Die Lobbyisten haben der Politik unsichtbare Fesseln angelegt. Inzwischen schreiben Lobbyisten in den Ministerien an den Gesetzentwürfen mit oder die Fraktionen der Regierungsparteien übernehmen deren Gesetzesvorschläge nahezu identisch. „Die Regierungen der Welt holen sich ihre Hausaufgaben nicht mehr in erster Linie von ihrem Volk, sondern von Ratingagenturen, Pensionsfonds, Analysten und auf sie hörenden Wirtschaftsjournalisten.“ – Prof. Ernst Ulrich von Weizsäcker

Die massive unkontrollierte Einflusszunahme des Lobbyismus untergräbt die Macht des Parlaments. Den Vorlagen der Regierung stimmen die Abgeordneten gegen ihre Gewissensbindung (Artikel 38 Grundgesetz) zu. Die Direktmandatsträger sind zwar vom Volk legitimiert, jedoch immer noch von ihrer Partei abhängig. Die Indirektmandatsträger sind dagegen völlig legitimationslos, da niemand auf unbekannte, ggf. inexistente, Gewissen Persönlichkeitsunbekannter Staatsgewalt übertragen kann, und faktisch nur der Partei unterworfen. Eine Prüfung ihrer Gewissen, wenigstens auf Existenz desselben, findet mangels persönlicher Mehrheitswahl weder durch den Bürger noch durch die Parteien statt. Die faktische Bindungslosigkeit nicht volkslegitimierter Personen in Entscheidungspositionen öffnet der Klientelpolitik Tür und Tor und steht im Widerspruch zu den Grundsätzen der Verfassung. All diese Probleme sind Ausdruck eines Demokratiedefizits.

**4.2** Die ständigen finanziellen Probleme der öffentlichen Haushalte sind jedem bekannt. Trotz dieser Probleme wird laut Bund der Steuerzahler auf allen staatlichen Ebenen sorglos mit dem Geld der Steuerzahler umgegangen. Jahr für Jahr legt der Bund der Steuerzahler Summen in astronomischer Höhe offen, die verschwendet werden.

**4.3** „Die politische und wirtschaftliche Elite ist inzwischen kompromittiert, die Parlamente haben Angst, und das weltweite finanzielle System ist von kriminellen Strukturen durchdrungen.“ Und zwar deshalb, weil „Investmentbanker, Fondsmanager, Rohstoffhändler und Makler zusammen mit Wirtschaftsprüfern, Steuerberatern und Rechtsanwälten kriminelle Syndikate unterstützt haben, um deren Geld zu waschen. Sie waren es, die der weltweiten kriminellen Wirtschaft doch überhaupt ermöglicht hatten, Teil der globalen Wirtschaft zu werden und die kriminellen Syndikate so zu legalen Geschäftspartnern wurden.“ – Antonio Maria Costa, Direktor des United Nations Office Drugs and Crime (UNODOC) in Wien in: Jürgen Roth, Gangsterwirtschaft: Wie uns die organisierte Kriminalität aufkauft, Eichborn 2010.

„Professor Dr. jur. Karl-Joachim Schmelz gehört zu denjenigen, die sich noch trauen, klare Aussagen zu treffen. Er war Richter am Landgericht Frankfurt, lehrte an der Fachhochschule Darmstadt und war als Bankrechtsexperte Berater des Finanzausschusses des Deutschen Bundestags – ein Mann mit Erfahrung. >Die wirklich mächtigen Feinde des Rechtsstaats, die mitverantwortlich für die Krise sind, üben nicht in irgendwelchen Lagern in Pakistan. Sie sitzen auf den Stühlen in den Ministerien und Parlamenten< Schwere Vorwürfe zweifellos,

die aber nicht aus der Luft gegriffen sind. Zur Entlastung der angegriffenen politischen Repräsentanten könnte vorgebracht werden, dass viele Parlamentarier (und wahrscheinlich sogar Regierungsvertreter in Berlin) über ebensowenig Wissen verfügen wie die Bürger selbst. Gäbe es da nicht einen entscheidenden qualitativen Unterschied: Die Bürger sind Opfer der politischen Entscheidungen.“ Jürgen Roth a.a.O.

### 5. Die Vorteile der direkten Demokratie

Es ist eine Tatsache, dass durch direkte Demokratie der politische Wettbewerb viel intensiver ist und eine Qualitätssteigerung bewirkt. Die Ergebnisse der wissenschaftlichen Literatur können eindeutiger nicht sein: Direkte Demokratie schafft Wohlstand, indem alle absehbaren Fehlentwicklungen, die die „repressiv-fiktive“ indirekte „Demokratie“ wegen ihrer großen Zahl an Personen, die sich trotz ihrer Legitimationslosigkeit Entscheidungen anmaßen, anstrebt, anbahnt, einleitet oder geschehen läßt, vom Bürger durch Volksabstimmung rechtzeitig gestoppt werden können und so wahrscheinlich unterbleiben. Allein die Kenntnis dieser Tatsache bedeutet einen großen Anreiz für die Abgeordneten, die krassesten Ausformungen ihrer gemeinschädlichen Lobbywillfährigkeit zu unterlassen. Auch Staatsausgaben, Defizite und die Verschuldung sind in direktdemokratischen Systemen niedriger. Der verantwortungsbewusste Umgang der Bürgerinnen und Bürger mit Steuergeldern wird am Beispiel der schweizerischen Kantone deutlich. Die direkte Demokratie entspricht auch, im Gegensatz zur indirekten, als einzige Staatsform dem von der Verfassung gebotenen Subsidiaritätsprinzip (Vorrang der kleineren Einheit), indem das Volk alles durch Volksabstimmung regelt, was es selber regeln kann und will. Unter Wissenschaftlern, die sich ernsthaft mit direkter Demokratie beschäftigen, ist die Einigkeit groß über die Vorteile direkter Demokratie. In der direkten Demokratie ist eine viel feinere Steuerung politischer Entscheidungen zum Gemeinwohl durch den Bürger möglich als nur durch Wahlen allein.

Weitere Vorteile der direkten Demokratie sind:

- Abhilfe gegen die Politiker- und Wahlverdrossenheit,
- Wiederherstellung des schwindenden Systemvertrauens,
- reale Beförderung der sonst nur verbal beschworenen Mündigkeit der Bürger,
- Entlastung der etablierten Politik bei Grundsatzentscheidungen,
- höhere Akzeptanz bei der Entscheidung besonders umstrittener Fragen.
- präventive Auswirkungen auf die Gesetzgebung. (*Professor Dr. Hans Herbert von Arnim*)

In der Gesamtabwägung überwiegen die Vorteile der direkten Demokratie die Nachteile der „parlamentarisch-repräsentativen Demokratie“ so deutlich, dass eine gemeinwohlorientierte Entscheidung nur zu Gunsten der Einführung der direkten Demokratie ausfallen kann. Ein Mehr an direkter Bürgerbeteiligung führt auch zur Festigung und Belebung der parlamentarischen Demokratie. Eine Schwächung ist nicht zu erwarten. Die Erfahrungen in Staaten des Auslandes, deren Verfassungen Formen direkter Bürgerbeteiligung enthalten, lassen erkennen, dass auch schwierige und komplexe Sachverhalte sachgerecht beurteilt und entschieden werden können. Die sachkundigen Bürger ohne Parteibuch, heute von den Parteien gern als >unpolitisch< bezeichnet, sind nach Gabor Steingart eine wertvolle Personalressource für das Land. Sie sollen stärker als bisher Verantwortung übernehmen dürfen.

„Volksentscheide wären auch im Bund ein Gewinn für die deutsche Demokratie. **Man muss es nur wollen.**“ Siehe: „Wir! Sind! Das! Volk!“ Kommentar von Joachim Käppner, sueddeutsche.de 5.7.2010. Aus diesem Grund halten wir an unserem Volkabstimmungsantrag unverändert fest.

Mit freundlichen Grüßen  
Marianne Grimmenstein  
Sprecherin der Initiative Volksentscheid